

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (mit Post monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Redaktion: Albertbühlstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18600
Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neuzeit gepaltene Kompositorsatzel oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restansatzel anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,30 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Albertbühlstraße 2. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Bewilligung steht dem Auftraggeber die Befreiung der Zeitung oder der Fortsetzung der Zeitung vorbehalten.

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 4. April 1930

Nummer 80

Vertrauensvotum für Brüning von Hugenberg bis Müller

Reichstagsmehrheit für Bürgerblock, Massenausplünderung und Young-Sklaverei

Dresden, den 4. April.
Das Brüning-Kabinet, die Diktatur-Regierung zur innerpolitischen Durchführung des Youngplanes, hat in der gestrigen Reichstagsitzung mit 253 gegen 187 Stimmen die Vollmacht erhalten, die Ausplünderung der arbeitenden Massen durchzuführen. Während noch das „Freiheitsgesetz“ der Hugenberg-Fittler an den Mauern klebt, das jedem Young-Minister zu Zuchthaus verurteilt wissen wollte, haben die Geldgeber und Bundesgenossen der Nationalfaschisten, haben Hugenberg und seine deutschnationale Fraktion gegen das Mißtrauensvotum und damit für Brüning gestimmt. Während die sächsische SPD-Presse zum „Kampf gegen den Bürgerblock“ aufruft und die „SPD als einzige revolutionäre Kraft im Kampf gegen Bürgerblockdiktatur“ den Arbeitern vorstellt, haben sich 24 der namhaftesten sozialdemokratischen Führer von der Abstimmung ferngehalten. So ist die Mehrheit für Brüning zustande gekommen. Auf der Tagesordnung des proletarischen Klassenkampfes steht jetzt der außerparlamentarische Kampf unter Führung der KPD um die Lebens- und Klassenforderungen des Proletariats!

Antwortet mit revolutionärem Kampf!

Heute 19.30 Uhr zur Kundgebung in die Annenfälle!

Dresden, 4. April.

Nach gestern hat das Kabinet die vorbereitenden Arbeiten zur beschleunigten Durchführung der Steuererhöhungen begonnen. Zuhilfenahme des Finanzprogramms der Hermann-Müller-Regierung soll noch im besonderen die massenhafte Umschuldung erhöht und die Kapitalflucht deutscher Kapitalisten durch steuerliche Entlastung des Vermögens belohnt werden. Auch das Zollwucherprogramm für die ostelbischen Länder, denen die Müller-Regierung noch in den letzten Tagen des Bestehens 1270 Millionen zuschante, soll unter Hugenbergs Führung beschleunigt erledigt werden. Schon jetzt hebt die Agrarbürokratie die dagewesene Preisprämie für Roggen, Hafer und Weizen waren bereits gestern an den Produktionsstätten zu verzeichnen.

Dem mörderischen Wucher- und Steuerprogramm des Bürgerblocks folgt auf dem Fuße der unter der Müller-Regierung bereits begonnene rücksichtslose Abbau der Arbeitslosenunterstützung, Lohnabbau in den Betrieben

und weitgehende Faszifizierung der Staatseigenen, Terrorisierung der revolutionären Arbeiterbewegung unter Anwendung des scheinbaren Republikanismus.

Von diesem Bürgerblockkurs werden die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht minder bedroht wie die Beamten, Angestellten, Kleinbauern und Mittelständler. Ein Verbrechen ist es in diesem Augenblick am Proletariat, seinen außerparlamentarischen Kampf durch ein parlamentarisches Oppositionsmanöver zu ersetzen, wie es die National- und Sozialfaschisten tun.

Weiter werden die Faschisten mit den Hugenbergs und Scholz in Thüringen ihren Koalitionsschritt aufrechtzuerhalten. Weiter werden sie als Streikbrecher in den Betrieben und als Terrorhelfer auf den Straßen im Kampf gegen die Arbeiter der Youngdiktatur ihre aktive Unterstützung leisten.

Weiter werden die sozialdemokratischen Minister in den Länderregierungen, die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten

und Reichsbannerführer, die Gewerkschaftsführer und ihre Agenten in den Betrieben das Republikanismusgesetz durchführen, Lohn- und Arbeitskampfe sabotieren und in den Kommunen den vom Bürgerblock befohlenen Wohnungsbau für die Erwerbslosen durchführen.

Nicht parlamentarischer Scheinmanöver, radikale Phrasen zur Täuschung der arbeitenden Massen, sondern Zusammenrottung aller proletarischen Kräfte, außerparlamentarischer Durchbruch durch die Youngfront ist jetzt das Gebot der Stunde. Durchbrechung der Hungertarife, Kampf um höheren Lohn, Siedentundenlohn, gegen Entlassungen und für die Forderungen der Erwerbslosen, gegen die nationale Massenemonstrationen und Streiks zur Durchsicherung der proletarischen Lebensforderungen im Kampf gegen die Bürgerblockdiktatur — so müssen die arbeitenden Massen auf die gestrige Reichstagsitzung antworten. Nur so können sie einen entscheidenden Stoß gegen das Brüning-Kabinet, gegen die Hindenburgfront mit dem Paragraphen 48, gegen die Youngdiktatur.

Vor jedem einzelnen Kommunisten, vor der Kommunistischen Partei als Ganzem steht die erste Aufgabe, die arbeitenden Massen in Stadt und Land, alle Ausgebetteten, alle, welche Partei und welcher Konfession, die ebenso wie die kommunistischen Arbeiter von der Feindschaft des Youngplans bedroht sind, zu sammeln unter den Fahnen der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition und zum außerparlamentarischen Kampf zu führen.

Das massenbewusste Proletariat Dresdens wird diesen seinen Willen manifestieren, indem es heute um 19.30 Uhr in den Annenfällen zu einer massvollen Kundgebung aufmarschiert.

24 SPD-Führer abkommandiert

Um auf jeden Fall Neuwahlen zu verhindern und Brüning vor dem Sturz zu retten

Berlin, 4. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die rote Fahne schreibt: Nachdem alle Anbiederungsversuche Brünings und der übrigen SPD-Führer an das Zentrum und die Deutsche Volkspartei mißglückt waren und selbst das Fehlen der Unterstützung der früheren SPD-Minister unter den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag ohne Wirkung auf die übrigen Parteien geblieben war, hatte die sozialdemokratische Fraktion beschlossen, bei der entscheidenden Abstimmung Abkommandierungen vorzunehmen. Sie sollten in so großem Maße erfolgen, daß auf jeden Fall eine Annahme des Mißtrauensvotums und damit die für die SPD so verhängnisvollen Neuwahlen vermieden werden. Hugenbergs Vertrauensvotum für das Hindenburg-Kabinet hat die SPD vor Neuwahlen bewahrt, bei denen sie die Leitung für ihr arbeiterfeindliches Regierungsteil empfangen hätte.

Trotzdem entzogen sich etwa 21 Abgeordnete, von denen nur 9 beurlaubt waren, der Abstimmung, um die Schranken für den Bürgerblock zu erweitern. Sie brachten damit den wahren Inhalt der gesamten Politik der SPD zum Ausdruck, die der Front der ganz Großen Koalition von Hugenberg bis Hermann Müller den Weg eröffnet.

Die Arbeiter sollen die Namen dieser Herrschaften erfahren: Giffording, Hermann Müller, Robert Schmidt, der preussische Ministerpräsident Braun, der Magdeburger Oberbürgermeister Reims, der ehemalige Thüringische Ministerpräsident Erdlich, der ehemalige bayerische Minister

präsident Hoffmann, der frühere thüringische Minister Herrmann, der badische Minister Kemmerle, der ehemalige württembergische Minister Schilde, die Polizeipräsidenten Liebling und Eggerstädt, der sozialdemokratische Katholik Schred, der Beamtenvertreter Steinkopf, Landrat Stad, Komrad, Graf, Frau Pfalz, Frau Holz, Sud, Graßmann (ADGB) und Hufmann (ADGB). Das ist die Spitze der offenen sozialdemokratischen Bürgerblockfreunde, während es die übrigen Abgeordneten der SPD vorzogen, ihre Verbundenheit mit der Brüning-Regierung noch hinter einer gefährlichen Scheinopposition zu verdecken.

Die obengenannten Abgeordneten gehören zu den hervorstechendsten Funktionären der SPD und haben die wichtigsten Staatsposten inne. Besonders bezeichnend ist das Fehlen des preussischen Ministerpräsidenten Braun, das aus Furcht vor eventuellen Folgerungen in der Zusammensetzung der preussischen Regierung sicherlich im ausdrücklichen Auftrag des Parteivorstandes erfolgte. Diese offene Koalition des sozialdemokratischen mißtrauensvollen Mittels mit dem Bürgerblock von Gnaden Hugenbergs

mit der „Linken“ in Sachsen nicht daran hindern, auch weiterhin den sozialdemokratischen Arbeitern zu versichern, daß die Sozialdemokratie die einzige Klassenkampfpartei des deutschen Proletariats sei, deren Einheit es vor den „kommunistischen Spalttern“ zu verteidigen gelte.

Hugenberg-Kumpanei für Young-Regierung

So sieht Hitlers Bundesgenosse beim „Vollbegehren“ für das faschistische „Freiheitsgesetz“ aus

Die deutschnationalen, die gestern noch durch die Deutsche Zeitung verkündet ließen, daß sie das Mißtrauensvotum gegen das Kabinet unterstützen würden, stimmten nach einer Erklärung Hugenbergs geschlossen gegen das Mißtrauensvotum.

Bisher hatten hinter den Kulissen rege Verhandlungen stattgefunden, in deren Verlauf die von Hugenberg gestellten Forderungen durch die Regierung angenommen wurden. Der Reichsminister trat vor der Abstimmung noch einmal das Wort, um zu erklären, daß die Forderungen des Landbundes vorliegenden und jehigen Ministers Schiele von der Regierung hundertprozentig übernommen und als Gesetzesvorlage schon in den nächsten Wochen dem Reichstag unterbreitet werden. Dazu kam es zu bestimmten Abmachungen, damit Fried weiter Reichsgelder zur völligen Faszifizierung der thüringischen Polizei erhalte und durch das Programm der ostelbischen Landbesitzer die Hande von Müller